



---

## Landraub - Europas Verantwortung

Positionspapier Martin Häusling

Seit 2001 wurde in Asien, Afrika, und Südamerika eine Fläche dem Zugriff der lokalen Bevölkerung entzogen und in (meist) ausländische Hände überführt, die größer als Westeuropa ist. Sowohl das Tempo der Landnahme als auch der Umfang der Transaktionen haben in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Inzwischen ist sogar Europa und hier vor allem Osteuropa davon betroffen. Besonders Rumänien<sup>1</sup> steht im Fokus der Landnehmer.

Land- und Agrarrohstoffe gelten heute als lukrative Investitionsmöglichkeiten. Europäische Unternehmen, Banken und Finanzinstitute mischen in diesem Geschäft kräftig mit, und zwar weltweit. 2010 berichtete die OECD, dass 44 Prozent der privaten Finanzakteure, die in Ackerland und landwirtschaftliche Infrastruktur investieren, aus Europa stammen.

Zwar werden diese Geschäfte von den Initiatoren und zum Teil auch der Politik in der Regel als positive ökonomische Investitionen in unterentwickelten Regionen dargestellt. Einige mögen das sogar sein. Aber sehr oft zerstören die Landnahmen vor Ort wirtschaftliche, soziale und ökologische Aktivitäten, behindern Investitionen oder rauben sogar der lokalen Bevölkerung die Existenzgrundlage.

Der Film „Landraub“ von Kurt Langbein und Christian Brüser zeigt die verheerenden Auswirkungen auf Menschenrechte und Natur besonders in Asien und Afrika.

Die Gründe für die Zunahme des Tempos und das wachsende Ausmaß des Landgrabblings hängen zum einen mit der wachsenden Nachfrage nach Tierfutter etwa aufgrund der Fleischexporte der EU zusammen, zum anderen mit steigenden Lebensstandards und sich ändernden Ernährungsstilen etwa in China und Indien. Beide Faktoren verstärken die Nachfrage vor allem nach Soja und damit nach Ackerland enorm.

Doch auch der Hunger der Industrieländer nach Rohstoffen für Agrosprit sowie die technische Verwendung im industriellen, kosmetischen und im Bereich der Lebensmittelverarbeitung stieg in den letzten Jahren erheblich. Soja und Palmöl gehören dabei zu den wesentlichen Pflanzen, beide zählen zu den sogenannten „flex-crops“, die man in verschiedenen Bereichen verwenden kann. Der Trend, in solche Rohstoffe zu investieren, wird nicht nur von den internationalen Agrarmärkten und der Spekulation mit Agrarrohstoffen gesteuert. Auch politische Rahmenbedingungen wirken hier extrem dynamisierend.

Europa kommt als einem der bevölkerungsreichsten Nachfragemärkte - neben den USA, China und Indien - in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zu.

---

<sup>1</sup> > [Studie zu Landgrabbing in Europa](#)



2014 hat Kommissionspräsident Juncker in seiner Antrittsrede vor dem Europaparlament gesagt:

*„Ich will kein Europa, als Nebenschauplatz der Geschichte... Ich will ein Europa im Zentrum des Geschehens, ein Europa, das sich weiterentwickelt, ein Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger und seine Interessen schützt und anderen als Vorbild dient...“*

Europa als Vorbild! Das hören europäische Bürger sicherlich gerne, aber wird Europa dem gerecht?

Dies darf – gerade bezogen auf das Phänomen „Landgrabbing“ - skeptisch hinterfragt werden!

### **Europäische Energiepolitik**

Hier ist Europa direkt mitverantwortlich für Landgrabbing, ja es ist aufgrund seiner Biosprit-Politik (Erneuerbare-Energien-Richtlinie) sogar einer der Haupt-Treiber. Die FAO hat bereits 2009 die Biosprit-Politik der EU als wesentlichen Motor des Landgrabblings identifiziert. Diese Richtlinie sollte fossile Treibstoffe ersetzen und das Klima schonen. Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Verwendung von Biomasse für Treibstoff zum Teil noch klimaschädlicher sein kann als der Einsatz fossiler Rohstoffe. Bessere Verkehrskonzepte und mehr lokale Produktion könnten in Europa ein Vielfaches an CO<sub>2</sub>-Einsparung bewirken – ohne Landgrabbing.

### **Europäische Handelspolitik**

Aber nicht nur die Biosprit-Richtlinie hat große Auswirkungen. Mit ihrem Handelskonzept „Alles außer Waffen“ (Everything but arms, EBA) garantieren die Europäer seit 2009, dass Zucker aus zum Beispiel Kambodscha zollfrei in die EU exportiert werden darf. Das sollte zur Armutsbekämpfung beitragen. De facto ist aber das Gegenteil passiert: Einheimische Konzerne und internationale Investoren sicherten sich Konzessionen und – mit Hilfe korrupter Beamter – auch das nötige Ackerland. Ansässige Familien wurden mit teils brutalen Mitteln vertrieben.

### **Europäische Freihandels- und Investitionspolitik**

Deutschland ist mit 131 Verträgen Weltmeister in Sachen Freihandel und Investitionsschutz. Mit solchen Verträgen zum Investitionsschutz (in der Diskussion um TTIP inzwischen unter massiver Kritik) sollen Investitionen deutscher Investoren im Ausland geschützt werden. Diese Abkommen sind jedoch aus demokratischer und menschenrechtlicher Perspektive höchst problematisch. Investoren werden durch sie gegen Gesetzesänderungen im Zielland abgesichert (zum Beispiel die Einführung von Mindestlöhnen oder die Regulierung von Wassernutzungsrechten). Betrachtet sich ein Investor in Folge von Gesetzesänderungen als unfair behandelt, kann er ein internationales Schiedsgericht anrufen, die gesetzlichen Auflagen umgehen oder sogar das Zielland auf Schadensersatz verklagen. Nationale Entscheidungen, die zu einer Verbesserung von Arbeitnehmerrechten, des Umweltschutzes oder des Zugangs von Kleinbauern zu Land führen wollen, werden so untergraben.



Diese drei Beispiele europäischer Politik – es mag noch andere geben – zeigen:  
Europa ist noch weit entfernt davon, Vorbildcharakter beanspruchen zu können.

### **Die Forderungen der GRÜNEN in Europa lauten daher:**

- 1. Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Keine Förderung mehr für Agrosprit.**
- 2. Änderung der Verhandlungsmandate bei bilateralen Freihandelsabkommen der EU:  
Einbeziehung von Völker-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltrechtlern in die  
Verhandlungsteams.**
- 3. Überarbeitung des EBA-Prinzips: „Everything but Arms“ nur bei Nachhaltigkeitsnachweis.  
Nachhaltigkeitszertifikate dürfen nicht nur für Holzimporte in die EU Voraussetzung sein,  
sondern für alle Rohstoffe. Die Grundbedingungen für Nachhaltigkeitszertifikate müssen  
auch internationale Arbeitsstandards einhalten und sozioökonomische Effekte  
berücksichtigen.**
- 4. Die freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung, verabschiedet im November 2004 vom  
Rat der FAO, müssen Grundlage der europäischen Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik  
werden.**
- 5. Die EU muss sich dafür einsetzen, ökologische und soziale Standards in die WTO-  
Verhandlungen aufzunehmen.**
- 6. Verbindliche Einhaltung der - bisher freiwilligen - Leitlinien zur verantwortungsvollen  
Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern.**

Weiterführende Informationen:

<http://www.martin-haeusling.eu/themen/bodenkonzentration-und-landgrabbing.html>

Landraub-Film:

<http://www.landraub.com/Der-Film/>